



## für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 16/25 (Nr.44) am 14. Oktober 2025

**ver.di Saar-Blies berät sich am 13. November**

# Was machen wir 2026?

**Unser Ortsverein lädt ein zur Beratung unserer Arbeitsvorhaben für das kommende Jahr. Was steht auf der Agenda und was stellen wir selbst auf die Agenda? Wie geht es weiter mit dem Sozialabbau, wie mit der Hochrüstung? Welche Tarifikämpfe stehen an? Wo wollen wir uns einbringen? Diskutiere auch Du mit.**

Auf unserer Versammlung am 13. November 2025 um 18.00 Uhr im ver.di-Haus geht es diesmal um uns selbst. Wir diskutieren unsere Vorhaben für das kommende Jahr und beauftragen den Vorstand entsprechende Veranstaltungen vorzubereiten.

Sicherlich bewegt die Gruppe besonders wie es weiter geht im Ringen für Frieden und Abrüstung. Die Gewerkschaften stellen sich auf Abwehrkämpfe ein. Man will einen deutlichen Sozialabbau verhindern. Was wird aus Rente und Krankenkassen? Hat die Pflege noch eine Chance? Was ist der Stand bei der Verkehrswende? Wie geht es weiter mit der Transformation?

Wird unsere Hilfe gebraucht, wie können wir die Betriebsgruppen in Tarifaueinandersetzungen unterstützen? Welche Aktionen stehen an. Wie gehen wir mit Ostermarsch und 1. September um?

Wann findet unsere Hauptversammlung statt. Wer möchte von seinem Fachbereich für den Vorstand nominiert werden? Sollen wir uns weiterhin jeden Monat treffen? Ist es sinnvoll so oft unseren Rundbrief herauszubringen?

Es gibt viele Fragen und jede Antwort bedeutet Anstrengungen, Mühen und Überzeugungsarbeit. Alles das will angesprochen werden und sollte demokra-



tisch diskutiert werden. Das wollen wir am 13.11. dann auch tun. Wir brauchen Deine Meinung. Danach wird unser Vorsitzender Rainer Tobae, die diskutierten Vorschläge auf der Klausur der ver.di Region Saar-Trier vortragen. Mit dem Bezirk will man sich absprechen und die Arbeit koordinieren. Fraglos gibt es viel zu tun. Packen wir es an.

Am 3.10.2025 in Stuttgart und Berlin:

# Gegen Aufrüstung und Krieg

15.000 in Stuttgart, 20.000 in Berlin und ver.di Saar-Blies war mit einem Bus dabei. Unter der Losung „Nie wieder kriegstüchtig! Stehen wir auf für Frieden!“ wurde gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung, für die Beendigung der Kriege in der Ukraine und in Gaza, gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland und die forcierte Militarisierung von Bildung, Hochschulen und Gesundheitswesen demonstriert.

Gut organisiert kamen die Saarländer im vollen Bus zeitig in Stuttgart an und konnten deshalb für die Auftaktkundgebung in den ersten Reihen stehen.

Zu Beginn heizte der Freestyle-Rapper Toba Borke die Demonstranten ein. Auf dem Schlossplatz beleuchteten die Redner\*innen unterschiedliche Aspekte der Friedensbewegung. Bei der Palästinenserin Rihm Hamada und Wieland Hoban von der Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden ging es um den Genozid in Gaza. Sevim Dagdelen beschrieb



die gefährlichen Zeiten, in denen wir leben und forderte ein friedliches, soziales und neutrales und souveränes Deutschland. Erfrischende und Mut machen die Worte kamen vom Bundesvorsitzenden der SPD AG 60 plus, Lothar Binding. Alev Bahadır von der Föderation Demokratischer Arbeitervereine und die SDAJlerin Ronja Fröhlich vom Bündnis „Nein zur



„Wehrpflicht“ rundeten die Eröffnung ab. Dann ging es kilometerweit durch die Landeshauptstadt. Die Stuttgarter erlebten eine bunte Demonstration mit mehreren Lautsprecherwagen. Die Teilnehmer\*innen waren jünger als in den letzten Jahren, deutlich die Losungen gegen die Wehrpflicht, der Solidarität im Gaza und die Forderungen nach Diplomatie. Scharfe Kritik gab es in Richtung der Bundesregierung auch für die Sozialabbaupläne. Viele Schilder machten den Zusammenhang zwischen Rüstung und





Sozialabbau deutlich. Auch sah man mehr Gewerkschafter\*innen von IGM bis GEW als sonst. ver.di war recht gut vertreten, schließlich hatte ja auch der ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg dazu aufgerufen. Die neue Landesbezirksvorsitzende Maike Schollenberger berichtete auf der Abschlusskundgebung über die fruchtbare Diskussion innerhalb von ver.di, ob man nun zur Demonstration aufrufen sollte oder nicht. Auch unsere ver.di Jugend war mit Vincent Leuze vertreten. Unsere gute Freundin Ulrike Eifler von der IGM überzeugte als Rednerin der Abschlusskundgebung. Sie unterstrich, dass die Kriegsvorbereitung durch die schärfsten Sozialkürzungen in der Geschichte der Bundesrepublik finanziert werden sollen. Auch Anthony Cipriano von der VVN-Bund der Antifaschisten kam auf der Kundgebung zu Wort, die von Wiltrud Rösch-



Metzler von pax christi und Heike Hänsel von „Kultur des Friedens“ moderiert wurde. Mit Spannung erwartet wurde die evangelische Theologin Margot Käßmann. Sie kritisierte unter Beifall, dass die Regierung gezielt Kriegsangst schüre und sprach in Bezug auf die Wehrpflicht von einer Kriegsdienstpflicht. Viele freuten sich auch über den Liedermacher Bernd Köhler, den viele älteren Friedensfreunde als „Schlauch“ bekannt ist. Allerdings mussten wir da schon zum Bus, denn die Saarländerinnen und Saarländer verließen pünktlich um 16.30 Uhr Stuttgart. Es war eine erfolgreiche Demonstration am Feiertag. Die Friedensbewegung lebt.



## Veranstaltung in den Januar verschoben:

# Schwierigkeiten und Perspektiven der Transformation

Im Zuge der Transformation sind in den vergangenen zehn Jahren mehr als 15.000 Industriearbeitsplätze im Saarland verloren gegangen. Wir stecken in einer tiefen Krise und die Herausforderungen sind enorm. Carina Webel, die Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik bei der Arbeitskammer, war bei ver.di zu Gast. Wir wollten uns mit den die aktuellen Schwierigkeiten und den Stand der Transformation befassen. Da sich aber 23 Kolleginnen und Kollegen entschuldigt hatten, beschlossen die anwesenden sechs Kolleginnen und Kollegen mit der Referentin das wichtige Thema auf einer extra Veranstaltung am 8. Januar 2026 zu behandeln.

Das Thema ist für die Gewerkschaften von zentraler Bedeutung. Die Gewerkschaften setzen sich aktiv für eine zukunftsorientierte Gestaltung ein, um faire Arbeitsbedingungen im Saarland zu sichern und die Beschäftigten zu unterstützen. Die Industrie ist weiterhin der wichtigste Wirtschaftsbereich an der Saar, allerdings stehen die Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich in enger Beziehung dazu.



Dekarbonisierung und Digitalisierung sind die Schlagworte und viele der in der Statistik als „neu“ ausgewiesenen Dienstleistungsarbeitsplätze sind durch Ausgliederung aus produzierenden Branchen in Dienstleistungsbereiche „verlagert“ worden.

Gerade im Bereich Dienstleistung besteht durchaus Handlungsbedarf. Insgesamt waren zum 30.06.2024 70,3 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Saarland im Dienstleistungsbereich tätig. Erwartet wird eine weitere Verschiebung hin zur Dienstleistung, allerdings speziell im Gesundheits- und Sozialwesen wird aufgrund der Altersstruktur auch ein Aufbau an Arbeitsplätzen erwartet.

Diskutiert wird, wie die Rahmenbedingungen geändert werden müssen, um die multiplen Krisen zu beantworten. Dabei stellen Kapital und Arbeit aufgrund ihrer unterschiedlichen Interessen ganz unterschiedliche Forderungen und die Regierung versucht, sicherlich zu zögerlich, aktiv einzugreifen. Dabei muss es unser Anliegen sein, dass unser Ziel „gute Arbeit“ nicht aus dem Fokus gerät.

Unser Ortsverein hat sich schon mehrmals kritisch geäußert, wenn immer mehr Verantwortliche, die

Rüstungsindustrie zum rettenden Anker der industriellen Produktion erklären. Mobilitätswende und Klimaschutz werden dadurch blockiert, enorme Mengen an Steuergeldern vergeudet und weitere Arbeitsplätze gefährdet. Öffentliche Gelder sollten in eine ökologisch und gesellschaftlich sinnvolle Transformation investiert werden, so die Ansicht der ver.dianer in Saarbrücken.

Es gibt also einiges zu diskutieren. Dazu haben wir uns als kompetente Referentin Carina Webel gesichert. Carine Webel hat ganz aktuell im September gemeinsam mit Dr. Matthias Hoffmann in den „AK-Beiträge“ einen wichtigen Aufsatz zu der Arbeitskammer-Beschäftigtenbefragung veröffentlicht. Sie belegen, dass es einen alarmierten Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Ungleichheit und Zufriedenheit mit der Demokratie gibt. Je größer die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen ist, desto geringer ist die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Abstiegsängste und das Gefühl, die Herausforderungen durch die gesellschaftlichen Veränderungen selbst nicht bewältigen zu können, sind ein wesentlicher Grund für den Zulauf zu rechten Gruppierungen.

Wollen wir unsere Demokratie bewahren dann müsse die Politik endlich handeln. Zentral sei eine Reform der Schuldenbremse, die wichtige Investitionen ermöglicht. Die Beschäftigten würden erwarten, dass der Strukturwandel vom Staat gestaltet würde, sozialverträglich, mit Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Menschen.

Um sich autoritären Kräften wirksam entgegenzustellen, die versuchen von der Unsicherheit zu profitieren, ist es entscheidend, dass die Politik viel stärker auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet wird. Das Vertrauen in die Demokratie kann nur gestärkt werden, wenn die Politik den Menschen dauerhaft sichere Lebens- und Daseinsbedingungen bietet. Dazu müssen die auf den Weg gebrachten notwendigen Maßnahmen zur Transformation nachhaltig gelingen.

Wir sollten in diesem Prozess unsere Hoffnung nicht auf die Rettung der Arbeitsplätze und Existenzen durch das Festhalten an einer nicht mehr tragbaren Produktion und Produktionsweise setzen. Wir brauchen eine zukunftsfähige, an gesellschaftlichen Bedarfen geplanten Produktion. Das sprengt ein wenig die derzeitige Debatte und entspricht auch nicht dem Kräfteverhältnis.

Aber, lass uns darüber weiter diskutieren, Am besten am 8. Januar. Wir hoffen auf einen besseren Besuch.

## Vortragsreihe:

# Künstliche Intelligenz

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt grundlegend – Arbeitsinhalte wandeln sich, Informationen werden schneller analysiert, aufbereitet und übermittelt.

Das wirkt sich stark auf Tätigkeiten und Berufsbilder aus. Verstärkt wird dieser Wandel durch den zunehmenden Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Arbeitsalltag.

Die Beschäftigten müssen für diese neuen Anwendungen und Werkzeuge qualifiziert werden und deren Wirkung erkennen.

Eine Veranstaltungsreihe von IGM, ver.di, DGB, Arbeitskammer und der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt zu den Auswirkungen künstlicher Intelligenz auf die Arbeitswelt beleuchtet diese Herausforderungen.

Die Veranstaltungen sind so angelegt, dass die einzelnen Termine inhaltlich aufeinander aufbauen.

Dennoch ist es den Teilnehmer\*innen freigestellt, auch nur an einzelnen Veranstaltungen teilzunehmen.

- **15.10.2025** | 18 Uhr | DFKI - Gebäude D 3.2 Uni Saarbrücken
- Was ist künstliche Intelligenz und welche Verbindungen bestehen zum betrieblichen Alltag?  
Prof. Peter Loos, DFKI, Saarbrücken
- **05.11.2025** | 18 Uhr | Bildungszentrum der Arbeitskammer Kirkel  
Revolution oder Risiko? Erste Gewinner und Verlierer der KI – Auswirkungen auf Löhne und Beschäftigung in verschiedenen Wirtschaftszweigen  
Marc Justin Schmidt, TU Dortmund
- **12.11.2025** | 18 Uhr | Uni Saarbrücken - Gebäude E 2.1 - Raum 001  
Künstliche Intelligenz in der Arbeitswelt: Wie können wir den Umbruch nachhaltig gestalten?  
Prof. Tobias Kämpf, University of Labour, Ffm
- **19.11.2025** | 18 Uhr | Uni Saarbrücken - Gebäude E 2.1 - Raum 001  
Diskussionsrunde: Gewerkschaftliche Herausforderungen durch Künstliche Intelligenz  
Prof. Dr. Christoph Sorge (Uni Saarbrücken Rechtsinformatik), Detlef Gerst (IG Metall Vorstand), Holger Meuler (ver.di)

Um Anmeldung wird gebeten unter:  
voelklingen@igmetall.de.



### **Kooperationsstelle**

### **Wissenschaft und Arbeitswelt**

Die Kooperationsstelle an der Universität des Saarlandes (KoWA) verfolgt als zentrales Ziel die Intensivierung und Vernetzung von wissenschaftsgestützter sozialinnovativer Arbeitsweltkompetenz in der Hochschule, der Arbeitswelt und arbeitsweltnahen Organisationen durch Forschung, Lehre, Weiterbildung und weitere Wissen(schaft)sdienstleistungen.

## Mitbestimmungsmesse:

# Wir machen gute Arbeit

Am 8. Oktober fand im E-Werk in Saarbrücken die Mitbestimmungsmesse 2025 statt. Veranstalter war die Arbeitskammer des Saarlandes, der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen acht Mitgliedsgewerk-



schaften und die Beratungsstelle für sozialverträgliche Technologiegestaltung BEST e.V., das INFO-Institut und das Bildungszentrum Kirkel.

An zahlreichen Informationsständen zeigten die Kolleg\*innen aus den Betrieben und Dienststellen des



Landes das Ergebnis ihrer „alltäglichen Mitbestimmungsarbeit“ auf.

verdi war mit einigen Betriebsgremien vertreten. Auch unser Vorstand war selbstverständlich auf der Messe und konnte zahlreiche Gespräche führen. Die Messe bot erneut eine Plattform zum Austausch und zur Vernetzung. Das Konferenzprogramm war auch dieses Jahr interessant. Es gab Vorträge, Diskussionen und Workshops u. a. zur Medienkompetenz, zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz im Betrieb und bei der Mitbestimmung in Sachen Arbeitszeit.



**Frankreich:**

# Kriegsvorbereitung der Krankenhäuser

**Krieg in Europa ist ein Szenario, das von Frankreich in Betracht gezogen wird. Französische Behörden arbeiten Pläne aus, um zivile Krankenhäuser auch für einen möglichen Krieg vorzubereiten und auszustatten.**

Nicht nur in Deutschland bereiten sich die Regierung und Behörden auf einen Krieg mit Russland vor. Während in Deutschland offen von der „Ostflanke“ und „Ostfront“ die Rede ist, ist in Frankreich von „einem erheblichen Zustrom verwundeter Soldaten auf dem europäischen Kontinent“ die Rede, die die zivilen Krankenhäuser im Bedarfsfall aufnehmen müssen.

So steht es in einer Anweisung des französischen Gesundheitsministeriums an die regionalen Gesundheitsämter (ARS), die Einrichtung sogenannter medizinischer Durchgangszentren (CMT) verlangt sich darauf vorzubereiten. Diese sollen als regionale Verteilerstellen für Patienten dienen, die von der Front zurückkehren. Aufgabe dieser Plattformen wird es sein, die Verwundeten bestmöglich in zivile Krankenhäuser zu überweisen – und auch, sie nach Abschluss der Behandlung in ihre Heimatnation zurückzuführen.

Auf nationaler Ebene bereitet sich der Staat in Abstimmung mit der NATO und der Europäischen Union auf ein Szenario vor, das die Versorgung von „100 Patienten pro Tag über einen Zeitraum von 60 aufeinanderfolgenden Tagen im ganzen Land“ vorsieht – mit möglichen Spitzen von bis zu „250 Patienten pro Tag an drei aufeinanderfolgenden Tagen“, wie das Dokument festhält.

„Das Szenario, auf das Frankreich seine Kapazitäten ausrichtet, ist nicht mehr die Operation in Afrika, sondern der Konflikt an der Grenze der Europäischen Union, mit Auswirkungen auf das nationale Territorium“, erläutert das Ministerium gegenüber AFP.

Die im Juli veröffentlichte Strategische Überprüfung hebt die Notwendigkeit hervor, angesichts der Bedrohungen „die gesamte Nation zu mobilisieren“. Es obliegt jedem Ministerium, in seinem Bereich „antizipatorische Arbeiten“ durchzuführen, wie z. B. den Schutz von Krankenhäusern vor Cyberangriffen.

Wasser-, Transport-, Energie- oder Gesundheitsinfrastrukturen: „Russland wird uns immer mehr angreifen (...) es ist eine Form der ständigen Alarmbereitschaft“, bemerkte der Armeeminister Sébastien Lecornu (von Macron am 10.9. zum neuen Premierminister ernannt, d. Red.) (am Donnerstag (28.8.) vor dem französischen Unternehmerverband Medef.

Gemäß der Anweisung des Gesundheitsministeriums müssen die regionalen Gesundheitsagenturen insbesondere die Orte planen, an denen die medizinischen Transitzentren untergebracht werden können, und eine „erste Dimensionierung der personellen und materiellen Mittel“ erstellen.

„Dabei wird ein Standort in der Nähe eines bestehenden Straßen-, Schienen-, Luft- oder Seewegs bevorzugt, der in der Lage ist, die entstehenden Ströme zu



absorbieren“, heißt es dort.

Außerdem fordert das Dokument die Regionale Gesundheitsagentur (Agence régionale de santé/ARS) auf, „eine breite Sensibilisierung der Pflegekräfte für die Zwänge einer Kriegszeit vorzunehmen, die durch die Verknappung der Ressourcen, den Anstieg der Bedürfnisse und das Auftreten möglicher Rückwirkungen auf unser Territorium gekennzeichnet ist“.

„Die großen Spannungen, die durch diesen Zustrom von Patienten in einem verschlechterten Umfeld entstehen, werden eine massive Mobilisierung der Angehörigen der Gesundheitsberufe, einschließlich der Freiberufler, erfordern“, heißt es in dem Dokument, das von dem Generaldirektor für Gesundheit, Didier Lepelletier, unterzeichnet wurde.

Quelle: AFP, nach Luxemburger Wort 28.8.2025

<https://www.wort.lu/international/krieg-in-europa-ist-ein-szenario-das-von-frankreich-in-betracht-gezogen-wird/86616551.html>

Vorabdruck aus Soziale Politik & Demokratie Nr. 536

## Arme Rentner:

# Miese Aussichten

Immer weniger Menschen können von ihrer Rente leben. Und immer mehr junge Menschen zweifeln, ob sie überhaupt eine bekommen werden.

Immer weniger Menschen können in der Bundesrepublik von ihrer Rente leben. Wie im September bekannt wurde, erhielten mehr als acht Millionen Rentner im vergangenen Jahr weniger als 1.000 Euro Rente. Zum Stichtag des 31. Dezember 2024 war das weniger als die Grundsicherung von seinerzeit 1.011 Euro. Das ergab die Antwort des Bundesarbeitsministeriums. 42 Prozent der insgesamt rund 19 Millionen Altersrentner hierzulande verfügen über derart niedrige Altersbezüge.

Ein Großteil der Rentner in Deutschland ist arm. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts waren das im vergangenen Jahr schon 3,4 Millionen Menschen. Dies lässt auch junge Menschen stark zweifeln, ob sie im Alter eine Rente erhalten werden, wie eine Forsa-Umfrage für Kreditkartenanbieter Visa und die ING Bank ergab. Demnach meinen nur noch etwas mehr als die Hälfte der 18- bis 30jährigen (56 Prozent), dass sie später überhaupt eine Rente erhalten. Die überwiegende Mehrheit (83 Prozent) macht sich Sorgen um ihre finanzielle Sicherheit im Alter.

Derzeit ist die Diskussion um eine Renten-Reform neu entbrannt. Wir sollen alle länger arbeiten. Auf deutsch: weitere Rentenkürzungen werden angedacht.

## Da geht er hin der Sozialstaat...

# EU-Finanzhilfen für die Ukraine

Seit dem Beginn des russisch-ukrainischen Krieges im Jahr 2022 hat die Europäische Union fast 169 Milliarden Euro für Kiew bereitgestellt, erklärte EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas. In einer Rede vor dem EU-Parlament betonte sie, dass mehr als 63 Milliarden Euro von der Gesamtsumme in Form von Militärhilfe zur Verfügung gestellt wurden.

Im Jahr 2025 wiesen die EU-Staaten bislang 25 Milliarden Euro an und sicherten 80 Prozent der zugesprochenen zwei Millionen Stück Munition, fügte Kallas hinzu. Zudem bildete die EU rund 80.000 ukrainische Militärangehörige aus.

Kallas betonte, dass Europa „dank Extraprofiten aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten“ weiterhin der größte Spender der ukrainischen Rüstungsindustrie sei.

Kallas gilt als „eiserne Lady“ und als russophob. So erklärte sie, es sei ihr vollkommen neu, dass sich Russland und China auf eine gemeinsame Vergangenheit als Kämpfer gegen Faschismus und Militarismus im Zweiten Weltkrieg beriefen. Der Sieg der Sowjetunion und Chinas im Zweiten Weltkrieg sei ein falsches „Narrativ“. Was denn nun? Wer hat denn ihrer Meinung nach den II. Weltkrieg gewonnen?

## Bitte beachten

# Verboten im Jobcenter

Häuptling Majestix bei Asterix und Obelix ist bekannt dafür, eine urtypische Furcht der Gallier zu hegen, dass ihm der Himmel auf den Kopf fällt, was ihn vor nichts Angst haben lässt, außer vor dieser unerwarteten Katastrophe.



Beim Jobcenter in Saarbrücken muss man nicht nur aufpassen, dass einem nicht ein Stück des Hauses auf den Kopf fällt.

Wenn man sich endlich in den Eingangsbereich gerettet hat, dann gilt es gleich acht Verbotsschilder zu beachten. Bei manchen Schildern müssen die „Kunden“ wohl mehrmals überlegen, was damit gemeint ist. Ausgedacht hat sich das die Bundesebene, es gibt Vorgaben für die Beschilderung von Ämtern.

Es gibt viel zu beachten in dieser Welt. Aber keine Angst, ob drinnen oder draußen, wir sind alles Kolleginnen und Kollegen.

## Tarifflicht:

# 123 Mrd. Schaden

123 Milliarden Euro beträgt der jährliche Schaden durch Tarifflicht. Einnahmeverluste bei den Sozialversicherungsbeiträgen, geringere Einnahmen bei der Einkommenssteuer sowie direkte Auswirkungen auf die Kaufkraft, all das addiert sich zu dieser immensen Summe. So der DGB.

Beschäftigte ohne Tarifvertrag haben jährlich 2.891 Euro netto weniger zur Verfügung als Tarifbeschäftigte.

## **Aufgespießt:**

**„Die SPD ist für viele etwas zu langweilig geworden.“**

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Alexander Schweitzer (SPD) erklärte dem Tagesspiegel 24.8.25 den Grund für die schlechten Zustimmungswerte seiner Partei.

## Herbst der Reformen

# Nehmen wir das KHAG

Manche Wörter sind schon so krank wie der Inhalt, so z.B. das Krankenhausreformsanftassungsgesetz. Gut dass es eine Abkürzung gibt, nämlich KHAG.

Allerdings sorgt die Ausgestaltung des KHAGs für Kontroversen. Während den Ländern erhebliche Ausnahmetatbestände eingeräumt werden sollen, fordert die Deutsche Krankenhausgesellschaft bereits die vollständige Abkehr von der Vorhaltebudgetfinanzierung – ein Vorschlag, der insbesondere von Seiten der klammen GKV auf wenig Gegenliebe stoßen dürfte.

Dort werden die Hilferufe nach einem Ausgabenmatorium für Leistungsausgaben kontinuierlich lauter. Klar ist jedoch, dass mit Einsparungen zulasten der Beschäftigten, etwa durch Aufhebung der erst Ende letzten Jahres beschlossenen, vollständigen Tarifierfinanzierung oder der Begrenzung des Pflegebudgets im Krankenhaussektor auch die Versorgungsqualität



massiv leiden würde.

Statt an einer nachhaltig auskömmlichen Finanzierung der Krankenkassen zu arbeiten, scheint Gesundheitsministerin Warken jedoch Leistungskürzungen und eine Aufweichung des Solidaritätsprinzips in der GKV zunehmend ins Auge zu fassen. Nicht anders kann die Forderung von Staatssekretär Sorge nach Einführung eines Basistarifs in der GKV gewertet werden.

Abzulehnen sind solche Vorstellungen nicht nur wegen des Risikos einer schlechteren gesundheitlichen Absicherung einkommensschwacher Schichten, sondern auch vor dem Hintergrund tragfähiger Alternativen wie der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln.

Der „Herbst der Reformen“ kündigt sich an. Die Richtung scheint vorgegeben: die Spaltung der Gesellschaft geht weiter, „wir“ sollen für die Hochtürmung bezahlen. Die Gewerkschaften sprechen zwar von „roten Linien“. Noch aber fehlt die Strategie, diese Angriffe auf unser Leben zu verhindern. Es müsste mit der Mobilisierung begonnen werden. Wir brauchen einen heißen Herbst.

## Selbstbeteiligung der Patienten:

# Bühler contra Streeck

Der CDU-Gesundheitspolitiker Hendrick Streeck hat erneut eine Selbstbeteiligung von Patientinnen und Patienten an Behandlungskosten gefordert. Das sei unverantwortlich meinte Sylvia Bühler vom ver.di-Bundesvorstand:



„Forderungen nach Selbstbeteiligung von Patientinnen und Patienten an ihren Behandlungskosten sind völlig fehl am Platz und gehen an der Realität vorbei. Menschen, die krank sind, brauchen eine gute Versorgung und Sicherheit.

Was sie nicht brauchen, sind Sorgen vor abschreckenden und unsozialen Zusatzkosten.

Dass aus ideologischen Gründen jeden Tag öffentlich Leistungskürzungen oder höhere Belastungen gefordert werden, ist unverantwortlich.

Statt die Menschen weiter zu verunsichern, muss die Bundesregierung endlich ihre Hausaufgaben machen.

Die Krankenversicherung gehört von den Behandlungskosten für Bürgergeldbezieherinnen und -bezieher entlastet. Indem alle Einkommensarten einbezogen werden, kann die Finanzierung dauerhaft auf eine solide Basis gestellt werden.“

### Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand  
ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier  
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt; [christian.umlauf@verdi.de](mailto:christian.umlauf@verdi.de)

OV-Vorsitzender: [Rainer.Tobae@web.de](mailto:Rainer.Tobae@web.de)

Redaktion und Bestellung: [Michael@Quetting.de](mailto:Michael@Quetting.de)

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf